

## Österreich atmet auf: EU-Kommission verzichtet auf Defizitverfahren!

Die EU-Kommission empfiehlt kein Defizitverfahren gegen Österreich. Finanzminister Mayr betont Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung.



**Österreich, Land** - Österreich hat erfolgreich ein drohendes EU-Defizitverfahren abgewendet, wie die Europäische Kommission in einem Schreiben an Finanzminister Gunter Mayr bestätigte. Diese positive Entscheidung kam nach einem entscheidenden Treffen zwischen Mayr und dem EU-Kommissar Valdis Dombrovskis, bei dem die Maßnahmen zur Reduzierung des Haushaltsdefizits für 2025 thematisiert wurden. Laut der Kommission könnten die von der Österreichischen Regierung vorgelegten Maßnahmen dazu beitragen, das Defizit auf unter 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu senken. Dies bedeutet, dass kein übermäßiges Defizitverfahren gegen Österreich eingeleitet wird, was eine bedeutende Entlastung für die Finanzmärkte darstellt, wie auch von [bmf.gv.at](https://www.bmf.gv.at) berichtet.

# Haushaltsmaßnahmen sorgen für Entspannung

Die Europäische Kommission hatte Österreich eingeräumt, bis Mitte Jänner ein Maßnahmenpaket vorzulegen, das zur Vermeidung des Defizitverfahrens beiträgt. Ein Einsparvolumen von rund 6,3 Milliarden Euro in 2025 soll dies ermöglichen. Der kritische Austausch zwischen den schwarz-blauen Verhandlungsteams und der Kommission hat sich als erfolgreich erwiesen, da die Maßnahmen helfen, die Maastricht-Grenzen zu wahren. Des Weiteren befürworteten einige Experten nicht nur einen strikten Sparkurs, sondern auch die Einleitung eines Defizitverfahrens, was die politische Diskussion innerhalb der österreichischen Parteien zusätzlich anheizte. Dennoch hat die Einsicht, die Budgethoheit aufrechtzuerhalten, über die Differenzen gesiegt, wie [kleinezeitung.at](https://www.kleinezeitung.at) berichtet.

Finanzminister Mayr äußerte sich positiv über das Ergebnis und betonte, wie wichtig es sei, dass Österreich seine internationale Reputation bewahrt und somit auch günstigere Konditionen auf den Finanzmärkten weiterhin nutzen kann. Die Republik wird somit nicht erneut durch halbjährliche Überprüfungen belastet, was mehr Planungssicherheit für zukünftige Haushalte bedeutet. Der Fokus liegt nun auf der Umsetzung der bereits besprochenen Haushaltsvorgaben, um die Stabilität und Effizienz der öffentlichen Finanzen sicherzustellen.

Details	
<b>Vorfall</b>	Gesetzgebung
<b>Ort</b>	Österreich, Land
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="https://www.kleinezeitung.at">www.kleinezeitung.at</a></li><li>• <a href="https://www.bmf.gv.at">www.bmf.gv.at</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)**